

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Beitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Amtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 32.

Freitag, den 7. Februar 1919

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.

Rechtsforschungen nach Kriegs- und Zivilgesetzen der Parteien.

Tageschronik

Spartakismus und Beamtenstreik.

Demonstrationen in Leipzig.

Der bedrohte Osten.

Zurückgehen der Truppen bei Bromberg.

Blaufräse Mobilisations.

Vom internationalen Sozialistenkongress.

Denkels Anträge.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 6. Februar. (Eig. Drahtber.) Heute nachmittags 3 Uhr wird in dem mit Blumen geschmückten Nationaltheater die Nationalversammlung feierlich eröffnet werden. Nach der Begrüßungsansprache, die der Abgeordnete für Weimar und Ministerpräsident von Sachsen-Weimar-Eisenach Bamberger als Mitglied der mehrheitlich sozialistischen Fraktion halten wird, wird sofort der Volksbeauftragte Ebert die Eröffnungsansprache halten. Ebert wird sich u. a. in seiner Rede mit der inneren Politik des Reiches und dann hergliche Worte dem künftigen Reichspräsidenten widmen und im Sinne der Verankerung die Größe der deutsch-österreichischen Brüderlichkeit erwidern. Ebert wird nach seiner Rede dem als Mitglied des Reiches Bamberger zu überreichen. Nach dieser Ansprache und nach dem Namensaufruf wird die heutige Sitzung geschlossen werden.

Weimar, 6. Februar. (Eig. Drahtber.) Ein Zeichen dafür, daß die Verbindung auf eine Konstitution der Reichssozialisten, der Demokraten und des Zentrums hindrängen, kann darin erblickt werden, daß ein Mitglied des Zentrums die Deutsche Volkspartei nicht mehr zwischen den Sozialisten und dem Zentrum, sondern rechts vom Zentrum, also mehr in die Richtung der Deutschen Sozialisten liegen wird. Wie verlautet, wird, nachdem der provisorische Reichspräsident (Ebert) gewählt sein wird, welche dem Abgeordneten Scheidemann in den Auftrag übertragen, das Reichskabinett zu bilden. Ueber die Verteilung der Ressorts auf die einzelnen Parteien ist selbstverständlich zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten gesprochen worden.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Sitzung der Nationalversammlung am Montag von ganz besonderer Bedeutung sein. Die letzte Reichsregierung und der Zentralrat werden ihre Aemter niederlegen, um die gesamte Regierungsgewalt in die Hände der neuen Regierung zu übertragen. Ueber die neue Regierung selbst kann man mit Sicherheit sagen, daß Ebert als Präsident der deutschen Republik gewählt werden wird. Es wird dann ein Kabinett von 12 bis 14 portefeuilles gebildet werden. Die Hälfte der Mitglieder des Kabinetts sind Sozialdemokraten, in die andere Hälfte teilen sich die Demokraten und die Christliche Volkspartei. Die Sozialdemokraten sind zwar von der Teilnahme des Zentrums im Kabinett nicht beiderseits entfernt, können aber letzten Endes zustimmen. Als Ministerpräsident des Parlamentes wird Scheidemann vorgeschlagen, jedoch ist es möglich, daß auf einen Ministerpräsidenten überhaupt verzichtet wird und daß die gleichberechtigten Minister unter dem Vorsitz Eberts arbeiten werden. Im übrigen wird die Nationalversammlung dann sofort in die Beratung der Verfassungsentwürfe eintreten.

In den Meldungen der Berliner Blätter über die neue Staatsverfassung heißt es, daß die sozialistische „Reinliche Zeitung“, daß es sich bei allen Meldungen, da noch keine verbindlichen Beschlüsse gefaßt seien, um reine Kombinationen handle. Dies geht schon daraus hervor, daß von einer Beteiligung des Zentrums an der Regierung die Rede ist. Eine unbestimmte grenzende Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine sozialistische demokratische Regierung gebildet werde. Die Mehrheit der neuen Verfassung zu erhalten und sie so zu gestalten, daß bei den Aufgaben der neuen Verfassung das rein republikanisch-demokratische Prinzip zur Geltung kommen könnte, wird eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Fraktion sein.

Die Regierung erwartet eine ungeliebte Tagung.

In Weimar herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. In Regierungskreisen erwartet man mit Bestimmtheit, daß die Tagung zur Nationalversammlung ohne

Störung vor sich gehen wird. Garnisonstruppen in den benachbarten Städten Erfurt, Gotha und Gera nehmen an der Aufrechterhaltung der Sicherheit teil, womit sie zufrieden gestellt sind. Die „Einigung der beiden sozialistischen Fraktionen zu gemeinsamer Aktion kommt, wie man hört, zurzeit nicht in Frage. Es ist auch kein dahingehender Antrag gestellt worden.

General Märker an die Bevölkerung Weimars.

Aus Weimar wird gemeldet: General v. Märker erläßt folgende Erklärung: Das Freiwillige Landesjägerkorps, das in diesen Tagen von Berlin zum Schutze der Nationalversammlung eingetroffen ist und in Weimar und Umgebung Quartiere bezogen hat, fällt die Einwohner durch sein pflüchliches und unermüdetes Eintreffen wahrnehmlich zur Last. Die vom Soldatenrat vorgenommene Entlassung und Bekämpfung der vorangegangenen Quartiermänner hat eine Verärgörung vor reichlich 24 Stunden zur Folge gehabt. Sie machte vielfache Verwickelungen von dem einen ins andere Quartier nötig. Unruhe und Unzufriedenheiten für die Einwohner sind die natürliche Folge. Das Freiwillige Landesjägerkorps kommt mit dem Belahren, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ich werde meine Anträge anweisen, den Einwohnern so wenig wie möglich zur Last zu fallen und hoffe auch, daß leitens der Einwohner dem Korps Vertrauen und Entgegenkommen entgegen wird, so daß von vornherein zwischen beiden Teilen das beste Einverständnis besteht. Dieses gute Verhältnis zu erhalten und zu fördern wird meine vornehmste Aufgabe sein.

Rosse fordert die Entlassung der Erfurter Arbeiter.

Staatssekretär Rosse hat an den Soldatenrat in Erfurt telegraphiert, daß es ihm schmerzlichen Widerstand zu den Anordnungen der Reichsregierung und der Landesregierungen habe, daß in Erfurt Landwehr und Gewehren an Zivilisten ausgehändigt worden sind. Der Soldatenrat solle sich bemühen, zu einer starken Bewehrung der Bevölkerung bei der Staatssekretär hat den Soldatenrat in Erfurt, der sich in mündlicher Besprechung zur Unterstützung der Regierung bereit erklärte, aufgefordert, die Wiederablieferung der zu Unrecht verteilten Waffen umgehend anzuordnen. Nach Ablauf von vier Tagen erwartet die Reichsregierung einen Bericht über die Frage der abgeleiteten Gewehre. Der Staatssekretär hat seinen Zweifel geäußert, daß, wenn die Entlassung nicht zustande käme, die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt werden müßten.

Vorläufige Ordnung in Bremen!

Die Regierungstruppen haben in Bremen die Ordnung wieder hergestellt. Die Stadt ist damit beschäftigt, in allen Teilen der Stadt die Waffen einzuschießen.

Zur weiteren Kämpfe.

Meher die Kämpfe in Bremen sind gemeldet: Die Verurtheile des Freiwilligenkorps werden bis 11 auf 16 Mann gesenkt, darunter vier tote. Das Gericht, unter dem Vorsitz des Reichsrichters, befindet sich nicht. Die Sozialisten zogen sich in westlicher Richtung zurück. Man erwartet deshalb weitere Kämpfe in der Waller Vorstadt, dem Fohndiertel und besonders bei dem Gebäude der Aktiengesellschaft Weier, wo die Sozialisten sich verdingt haben sollen. Es ist lang haben die Aufständischen die Waffen noch nicht abgegeben.

Die Werft A. G. Weier von Regierungstruppen besetzt.

Bessmanns Telegraphenbüro meldet: Mittwoch mittags ist die Werft A. G. Weier ohne Widerstand der Sozialisten besetzt worden. Damit ist auch der ganze Ufer der Stadt Bremen, in dem sich nach die Sozialisten befinden, von den Truppen der Reichsregierung besetzt worden. Kämpfe haben in der Stadt Weier nicht stattgefunden. Die Sozialisten haben einheimische Waffen zum größten Teile abgegeben. Ein Teil ist noch werden abgehoben. Die Division Gellert hat neue bedeutende Verstärkungen erhalten, die im Aufbruch besetzt sind. Auf der Werftbesatzung hat sich eine große Anzahl Freiwilliger zur Aufnahme gemeldet.

Erklärliche Hinterlist.

Beim Vorüber der Abteilung Caspari in Bremen überreichte die Abteilung eines Banzettalos in der Gestaltlichkeit von Arzimpel eine starke Kommunistenwache. Die Sozialisten hoben die Hände hoch. Darauf ließ der leicht verwundete Führer des Banzettalos aus und ließ sich von einem Kranfentragerverbinden. Pflüchlich frang ein Kommunist auf ihn zu und steckte ihm mit zwei Schüssen. Die Abteilung stürzte nun das Haus und ging dann unter heftigen feindlichen Kämpfen namentlich gegen die Baracke auf der Osterstraße bis zur Weier vor.

Weimar.

Unter den diesen kritischen Tagen, die Deutschland seit dem Herbst des vergangenen Jahres durchlebt hat, sind die gegenwärtigen vielleicht die kritischsten. Der Zusammentritt der Nationalversammlung steht bevor, und viele Kreise hoffen, daß es dieser Versammlung, in der die erwähnten Vertreter des deutschen Volkes sitzen, gelingen wird, einen erträglichen Frieden zustande zu bringen und die geistlichen Grundlagen zu künftigen staatlichen Lebens festzulegen. Auf der anderen Seite mehrten sich allerdings die unzufriedenen Vorgehen und die Befürchtung; daß die Arbeit der Nationalversammlung ernsthafte Schwierigkeiten erheben wird, ist leider nicht ganz von der Hand zu weisen. In Leipzig gab es bedenklich, in Gotha, Halle und Erfurt ziehen die unzufriedenen Kommunisten, die gerade in diesen Städten über einen besonders starken Einfluß verfügen, erhebliche Streitkräfte mit deutlicher Frontierung gegen Weimar zusammen. Die Regierung trifft hier Gegenmaßnahmen und konzentriert Truppen auf dem Truppenübungsplatz Osterhofen — kurz es sieht fast danach aus, als sollte Weimar nicht nur der Schauplatz friedlicher Verhandlungen, sondern auch blutiger Kämpfe werden. Immer mehr erwacht es sich, daß die Vertagung der Nationalversammlung nach Weimar, gegen die von vornherein von allen Seiten lebhafter Widerstand erhoben wurde, ein besonders unglücklicher Einfall der Regierung war. In Weimar, wo die Regierung nach Überwindung des Spartakusputsches von Anfang an die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, immerhin über zuverlässige Truppen verfügt, hätte die Nationalversammlung mit weit größerer Sicherheit zustande kommen, als in dem von sozialistischen Elementen auf allen Seiten umgebenen Weimar. Auch abgesehen davon hat das Eingehen der Nationalversammlung auf die Regierung, als welches sich die Vertagung der Nationalversammlung nach Berlin darstellt, im Interesse eines ungunstigen Eintrud gemacht und die innerpolitischen Verhältnisse in bemerkenswerter Weise erschwert. Das Letztere ist aus manchen großen und kleinen Anzeichen hervor. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist die von der Regierung im Ansehung ihrer Weier nach Weimar erlassene Aufhebung, welche einerseits die Sozialisten einstimmt, andererseits die Bürgerwehr Berlins beruhigen soll und sicher weder den einen noch den anderen Zweck erreichen wird. Die Gerichte, die ein neuer Spartakusputsch etwa am 6. Februar zu verhindern ist, werden sich von Stunde zu Stunde, selber wird man damit rechnen müssen, daß diese Gerichte nicht unberührt sind; war doch auch das Datum des Reichspräsidenten Wahles am 9. Januar bereits wochenlang vorher bekannt. Niemals ist die politische Luft je soviel gewirrt wie gerade jetzt, und die Nationalversammlung tritt jedenfalls unter den denkbar ungünstigsten Umständen zusammen.

Zu diesen äußeren gesellen sich die inneren Schwierigkeiten. Welche bereits in allen Reichsteilen die Parteien mit erbitterter Heftigkeit, in Weier die Kampf im Schutze der Nationalversammlung ebenfalls mit verunglückter. Einmal fortgehen, da es sich heute nicht um einen Kausen bereits bestehender Verhältnisse, sondern um eine völlige Neugestaltung handelt, bei welcher jeder einzelnen Partei weitaus größere Spielräume und Möglichkeiten als zuvor gegeben sind. Einen Vorgeschmack davon haben wir bereits in der mit fast amerikanischer Stuppellosigkeit und Willkür geführten Wahlkampagne zur Nationalversammlung gesehen. Bei der nahezu vollkommenen Verkümmelung des nationalen Gehaltens in Deutschland, von der uns jeder Tag die erschütterndsten Beweise bringt, ist es nicht getraut zu hoffen, daß die Parteien alles Trennende zurückstellen und sich, wie das in jedem anderen Lande der Welt selbstverständlich wäre, in der Stunde der Gefahr auf dem Boden des nationalen Gehaltens zusammenfinden werden. Nach den bisherigen Meldungen scheinen die Parteien nicht einmal ein geistvolles Aktionsprogramm nach Weimar mitzubringen. Nachzu alle Parteien haben sofort Partei und Fraktion sich klären zu lassen, um sich nach jetzt nicht mehr die Rücksichten ihres Parteistandes in der Nationalversammlung klar zu werden. Die Deutschdemokraten lagen in Erfurt, die Mehrheitssozialisten, sowie die Mehrzahl der anderen Parteien traten am 4. in Weimar zu grundsätzlichen, stellungsnehmenden Beratungen zusammen. Schon jetzt machen sich erhebliche Gegensätze in der Anstaltung prinzipieller Fragen geltend. Insbesondere über die Frage, ob die Nationalversammlung in der Schaffung der neuen Verfassung für die deutsche Republik durchaus lauter sein soll, oder ob das zu bildende provisorische Staatenshaus dabei ein entscheidendes Wort mitzusprechen habe, und ob dabei möglich sei, wenn keine Einigung zwischen Nationalversammlung und Staatenshaus zu erzielen sei, schon hier das Referendum einzusetzen habe. Von den leitenden Kreisen der Reichsregierung ist man der ersten Meinung, während die gegenwärtige Auffassung manchen Anhänger unter den ausschlaggebenden Parteiführern haben soll. Man sieht, daß auch hier ein dritter Raum für die Betätigung der den Deutschen leider anghörnen Eucht zum Theoretischen bleibt, und hört bereits im Geiste die vielen und schönen Reden, welche über derartige Probleme gehalten werden.

Inspiz... Arbeiterbewegung...
Inspiz... Arbeiterbewegung...
Inspiz... Arbeiterbewegung...

Arbeiterbewegung nach Leipzig.

Am Mittwoch fanden in Leipzig große Arbeiterdemonstrationen statt. Vor dem Rathaus versammelten sich verschiedene Arbeitervereine...
Am Dienstag in Bitterfeld 1200 Mann Regimentsgruppen entlassen worden sein. Dem Drang die Menge unter wähltem Vorzeichen ein. Erst nachdem sich der Führer verabschiedet hatte, die Richtung des Marsches der Demonstranten zu bestimmen, verließen diese das Rathaus.

Der Leipziger A. und S. Rat

protestiert gegen die Gewaltmaßnahmen, die die Regierung gegen die Bremer Revolutionäre vorgenommen hat und gegen die Absicht, sie auch gegen andere Städte noch anzuwenden. Die Regierung zeige damit, daß sie nicht gewillt ist, die Ertragsergebnisse der Revolution zu erhalten. Für Verhandlungen, die in Leipzig abgehalten wurden, haben sich nicht nur die Revolutionäre in anderen Städten solidarisch erklärt.

Ausführungen im Ruhrgebiet.

Die Verhältnisse im Ruhrgebiet haben sich immer mehr zu. Die Streikbewegung unter den Bergleuten nimmt kein Ende und gewinnt immer radikalere Charaktere. Auf den Schächten der Zeche „Zellerborn“ dauert der Streik noch an, dagegen sind die Bergleuten der Gegend um Zeche „Rheinische“ und „Alma“, nachdem es dort verschiedentlich zu erheblichen Ausschreitungen gekommen war, wieder eingetreten. In Oberhausen führte ein Streik auf der Zeche „Konrad“ zu Ausschreitungen der Arbeiter und „Angehörigen“ von Zeche „Zellerborn“ auf den Schächten und Oberbauern spielten sich auf einer anderen Zeche von Zeche ab, so auf einigen Schächten der Zeche „Walden“ auf der Zeche „Mont Cenis“, wo der Generalstreik verhängt wurde.

Beamtenstreik in Württemberg.

Die Vereinigte Württembergische Beamtenchaft und die angehörigen Arbeiterverbände von Post, Eisenbahn und Stadt legen aus Anlaß der Belegung des Bahnhofs Württemberg durch die Württembergische Sicherheitswehr und die dadurch eingetretene Freiheitsberaubung und Bedrohung der Arbeiter und Beamten die Arbeit nieder. Post- und Eisenbahnverkehr, sowie der gesamte städtische Verwaltungsbetrieb ruhen. Die Beamten beschließen in einer großen Versammlung die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn folgende Forderungen erfüllt werden: 1. Zurückziehung der Sicherheitswehr von dem Bahnhofs- und Stationsbereich der Eisenbahn, die gleichfalls geschlossen sind, von den dort untergeordneten Mannschaften; 2. Beilegung des gegenwärtigen A. und S. Rates und Neuwahl in der von der Regierung angeordneten Weise. — Eine große Versammlung der Württembergischen Arbeiter- oder sozialdemokratischen Richtungen hat stattgefunden. Man beschloß eine heftige Verteidigung der Revolution. Für den Fall, daß Regierungstruppen in die Württembergischen Verhältnisse eingreifen sollten, werden sämtliche Arbeiter nach erfolgtem Streikentzug die Arbeit niederlegen.

Eine letzte Nachricht aus Württemberg. A. und S. delegiert: Eine Konferenz der Württembergischen Beamtenchaft und der ihr angehörigen Arbeiterorganisationen der Post, Eisenbahn und der Stadt führte zu einer vollkommenen Einigung, so daß morgen 5 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Es wird weiter aufgemerkt!

Von Seiten der Reichsregierung werden neue Truppenverbände konzentriert, die für Zwangsmaßnahmen der Reichsregierung gegenüber Landes- und Stadtverwaltungen Anwendung finden sollen, die sich weigern, den bei den Wahlen benutzten Mehrheitswillen in der Zusammenziehung der Regierungen bzw. der Stadtverwaltungen zur Geltung zu bringen. Die Herrschaft von Spartakusangehörigen in einigen Reichsgebieten wird nur noch sehr kurze Zeit währen.

Deutschlands Lebensmittelförderung.

In der Reichslandtagskommissionenstellung in Spaan am 2. Februar letzte die Entente die deutsche Kommission von ihrem Beschluß in Kenntnis, in Spaan über die Mitwirkung der deutschen Handelsflotte an der Lebensmittelförderung und über Deutschlands Verhältnisse mit Lebensmitteln unter Beteiligung deutscher Seehändler verhandelt zu lassen. Sodann soll über die Finanzfragen verhandelt werden, die sich aus der Regelung der beiden oben erwähnten Fragen ergeben. Die deutsche Regierung wurde gebeten, zu diesen beiden Sitzungen besondere Vertreter zu entsenden. Sie wurde gleichzeitig ersucht, anzugeben, welche Mengen von Lebensmittelvorräten und Reisenden Deutschland zum Ausgange der geleisteten Lebensmittel ausführen könne.

Der Vertreter der deutschen Regierung in Spaan legte in einer Note die Bedingungen dar, unter denen die alliierten Lebensmittelförderung für Polen von Danzig aus durchgeführt werden können. Die Note verlangt Zahlung der Transportkosten, Freigabe des deutschen Alliiertenverkehrs für den Kohlentransport und die gleichzeitige Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland. Außerdem fordert sie die Anrechnung des für die polnische Lebensmittelförderung zur Verfügung zu stellenden deutschen Eisenbahnmaterials auf diejenigen Lokomotiven und Eisenbahnwagen, welche der Entente auszuliefern sind.

Deutsche Reeder fahren nach Spaan.

Wie verlautet, geht eine Abordnung von deutschen Reedern nach Spaan ab, um sich über die Angelegenheit der deutschen Handelsflotte mit den Ententevertretern zu verhandeln. Ingesamt haben 11 Reeder aus den Hansestädten diese Aufgabe übernommen. Sie werden begleitet von Vertretern des Seewärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsrates und des Reichsmarineamtes.

Von der internationalen Sozialisten-Konferenz.

Auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Bern sind insgesamt 40 Länder mit 88 Abgeordneten vertreten. Der bairische Ministerpräsident Eisner wünschte, daß aus dem ersten Zusammenkunft der Internationalen der Anfang eines Völkerbundes hervorgehen möchte. Eisner stimmte Thomas zu, daß völlige Klarheit und Wahrheit zwischen den Genossen untereinander herrschen müsse. Eisner vertrat sich dann über den Charakter der deutschen Revolution und stellte fest, daß diese Re-

volution die Massen nicht bloß umgewandelt habe. Er polemisierte ferner in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen von Weiss. Eisner erklärte u. a.: Wir Deutschen wollen uns nicht schwezen und sind dabei, daß wir auf dem Wege zum Sozialismus ernst und festwillig voranschreiten Eisner gibt zu, daß er kurz vor dem Ausbruch vorantreten von Wien her ein Ueberfall drohte. Noch im August 1914 konnten viele, vielleicht alle, im Zweifel sein, ob Deutschland einen Verteidigungs- oder Angriffskrieg führte, aber bald war es den meisten klar, daß sie getrieben worden waren. Ja, glaube es gibt keinen Krieg der Weltgeschichte, in dem schon während des Krieges jeder mit voller Arbeit die Ursachen der Katastrophen erkennen konnte. Selbst die bürgerlichen Denker leugnen die Kriegsursache nicht. Wir wünschen nicht, daß die Mehrheitssozialisten hier als Väter erscheinen. Die Mehrheitssozialisten sind aber über die Ursachen des Krieges belogen worden. Dieser Krieg ist von einem kleinen Teil der Menschheit immerig in Deutschland im Verein mit Kapitalisten und Junkern ohne jegliche politische und militärische Sachkenntnis entzündet worden. — A. und S. Vertreter, dem Deutschland Unterstützung gewährt habe, sei zwar inwieweit an der Entzündung des Weltkrieges, den es bewußt vorbereitet habe. Wohlstand seien aber auch die anderen Imperialisten, besonders Frankreich. A. und S. verweist jede Revolution, die den Bolschewismus verurteilt, ohne daß dieser sich verteidigen könne.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit führte sodann Trotski ein solches aus: Ich hoffe, daß die deutschen Mehrheitssozialisten durch eine ehrliche und offene Erklärung im Bereich der Schuldfrage werden, die sie früher mit den Sozialisten anderer Länder verbunden haben. Das sozialistische Programm müßte gegen etwaige Beschlüsse der Pariser Konferenz durchgesetzt werden, was besonders bei den Vertretern der französischen Mehrheitssozialisten Befall fand.

Am Schluß der Sitzung liegen die deutschen Mehrheitssozialisten eine Resolution

überreichen, in der die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich zu der Auffassung bekennt, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge der imperialistischen Politik des vorangehenden Jahrzehnts sei. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die restlose Ausführung der Forderungen, die den Krieg herbeigeführt haben. Sie betont, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt und daß sie sich in Bezug auf die Wiederherstellung Belgiens auf den Boden der Wilsonschen Forderungen stellt.

Schließlich schloß die Sitzung eine Resolution vor, in der es u. a. heißt: An dem die deutsche Revolution, die die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begründet, liegt die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationalen.

Der bedrohte Osten.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die letzten Nachrichten aus dem bedrohten Osten lauten leider nicht erhellend. Die Bolschewisten rücken in der Nähe von Rowna an. Es sollen an der ukrainischen Front ca. 50.000 bis 60.000 bolschewistische Truppen stehen. Die Regierung hat daher, wie ich höre, auch geeignete Maßnahmen getroffen, um ein Ueberdrehen der deutschen Grenze durch die Bolschewisten-Banden zu verhindern. Die bedrohlichen Erfolge der Polen bei Kowno lassen Schlußfolgerungen zu. Es veranlaßt, daß die Regierung die militärische Hilfe der Entente, der sich in seiner bisherigen Gestalt als unzureichend erwiesen hat, erheblich auszubauen. Schon in den nächsten Tagen soll eine neue Division abgestellt werden und man entsendet bereits eine rege Werbepartei. Leider scheint die Hilfe für die Schlachtkörper mangelnd zu sein. Es veranlaßt, daß die Regierung die Unterstützung der ukrainischen Revolution, die die Bolschewisten in der Ukraine durchzuführen und die rechtmäßigen Behörden schnell abhelfen werden!

Jurisdiktion der Truppen bei Bromberg.

Amlich wird aus Bromberg gemeldet: Die Truppen, die der Verlust auf Regwalde und Siedlin unternehmen hatten, wurden in der Nacht zum 3. zum 4. und 4. zum 5. zurückgenommen.

Der Befehlsgangzustand über Thorn angeschlossen.

Der Befehlsgangzustand bei Thorn ist aufgehoben worden. Die in der Bundesversammlung verhandelten polnischen Bürger sind bis auf den Unterstaatssekretär Schmidt aus der Post entlassen worden (11)

Polnische Geuele.

Der „Berl. Bot. Anz.“ schreibt: „Was heute in der Provinz Polen möglich ist und welche Grenzlinien polnisch sind dort verläuft werden, dafür bietet ein bedeutsames Beispiel der Vorgang, daß bei dem letzten Kampfe in Borschlag bei Wamborn ein Polak einem deutschen Soldaten den Hals durchschneidet. Die Mutter lief hinter dem Mörder her. Dadurch wurden Grenzlinien abgeleitet auf ihn aufmerksam, verfolgten ihn und nahmen ihn fest. Der Mörder, der nur mit Mühe der Verhaftung entgehen konnte, wurde in Bromberg der Justiz übergeben.“

Russische Mobilisationsg.

„Russische Mobilisationsg.“ berichtet aus London: Die Bolschewistische Regierung hat den Beschluß gefaßt, daß die Mobilisierung und in den anderen Diktaturen unter die Waffen gerufen werden. Dieser Beschluß wird die Arbeiterkonferenz; wie es gewiß nicht im Unklaren darüber lassen, daß die Sowjetregierung bereit ist, den Krieg auf allen Fronten ausdauern zu lassen, solange die Weltrevolution nicht ausgedroht ist.

Die Sowjets wollen nicht zur Arbeiterkonferenz.

„Daily Mail“ meldet aus Moskau: Der Sowjetkongress hat die Einladung der Allierten zur Arbeiterkonferenz nicht angenommen. Es wurden Verhandlungen von Proletariat zu Proletariat verlangt.

Bedrohliche Lage in Irland.

Wie aus England über Irland gemeldet wird, beginnt die Lage in Irland eine sehr bedrohliche Form anzunehmen. Es liegt eine gemeinsame Aktion der polnischen und irischen Arbeiter in der republikanischen Bewegung her. Es heißt, daß die Führung der Arbeiterbewegung in Dublin vollständig in die Hände der bolschewistischen Richtung übergegangen sei. Der Schlußsatz der Bewegung sei die Forderung nach Entlassung der Einmilder-Gefangenen.

Benizelos beantragt Konstantinopel.

„Havas“ meldet unter dem 5. Februar aus Paris: Benizelos beantragt gestern vormittig keinen Vorstoß über die Währungsfrage Griechenlands, indem er sich für die Konstantinopel und die italienische Währungsfrage ausspricht. Er wies auf die Schäden hin, die sich aus der Tatsache für Europa ergaben, daß die Türken die Seren der Regierung wären. Griechenland möchte auf den Grund seiner Geschichte seinen Anspruch auf Konstantinopel geltend, was die Seren



Nachruf.

In den Reihen unserer Kollegen hat der furchtliche, hoffentlich nunmehr beendete Weltkrieg große Lücken gerissen. Es starben den Heldentod für das Vaterland:

- Landesversicherungssekretär **Kurt Meyer.**
- Landesversicherungsdiätar **Hermann Zeiger.**
- Landesversicherungsdiätar **Friedrich Völkerling.**
- Zivilanwärter **Adolf Laue.**
- Landesversicherungsinspektor **Richard Prehm** in Neuhaldensleben.
- Landesversicherungsinspektor **Gustav Zeidler** in Burg (Bez. Magdeb.)

Es waren uns liebe, treue Kollegen und Mitarbeiter, die wir schmerzlich vermissen. Ihr Andenken wird in unserem Kreise unvergessen bleiben.

Mögen sie sanft in fremder Erde ruhen.

Die Beamten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Merseburg, den 6. Februar 1919.

Dank.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unseres lieben, teuren, unvergesslichen Entschlafenen können wir es nicht unterlassen, unsern in'st en Dank auszusprechen. Insbesondere Dank Herrn Pastor Schumann für die trostreichen Worte im Trauerhause und in der Kirche, sowie Herrn Lehrer Hornbogen nebst der lieben Schulfreundin für den Trauergesang. Dank auch dem Kriegerverein von Meuschau, dem Bauern- und Konsum-Verein von Merseburg und Umgegend für die reichlichen Blumenspenden. Zuletzt nochmals Dank allen denen von nah und fern, die seinen Sarg so reichlich mit Kränzen schmückten und ihn zur ewigen Ruhe bestatteten.

Meuschau, den 6. Februar 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Familie Schmidt.

Veterinäre,

welche bereit sind, sich für den
Grenzschutz Ost
zur Verfügung zu stellen, wollen sich baldmöglichst melden beim
Generaloberveterinär Brose,
Korpsveterinär des IV. M.-K. R. Magdeburg,
Generalkommando IV. M.-K. R. R. Hauptstraße, Viktorien-
schule, Zimmer 42.

Große Auswahl!

Solide Qualität!

Kari Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft

Damen- u Kinder-Wäsche

Schürzen aller Art

Vollständige Wäsche-Auswahl

Entenplan No. 7. Merseburg. Entenplan No. 7.

Aufmerksame Bedienung!

Fernsprecher 259.

Mäßige Preise!

Eiserne Bettstellen
Gebr. Seibide, Goltzhardstraße.

Deutsch-Nationale Volkspartei!

Mitgliederversammlung.

Freitag, den 7. Februar 1919, abends 8 Uhr (Müllers Hotel).

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.

Alle Mitglieder und Freunde der Partei werden gebeten, zu erscheinen.

Der Vorstand.

J. B. Vothe.

HERMANN SCHLADITZ

UHREN

GOLD- UND SILBERWAREN

OPTISCHE ARTIKEL

JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11.

FERNSPRECHER 472.

Bettstellen

für Erwachsene und Kinder

Fertige Matratzen und Strohsäcke

Komplette Schlafzimmer-Einrichtungen

empfehlen zu billigen Preisen

Otto Dobrowitz, Merseburg

!!! Sommersprossen!!! verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau **Elisabeth Frecht, Hannover 29.** Schließfach 238.

Gutsverkauf.

Erstklassige Wirtschaft von 150 Morgen, Nähe Leitzigs Station, mit überkompletem Inventar bei 100.000 Mark Anzahlung **sofort** zu verkaufen. Anfragen von nur ernsthaften Selbstbesuchenden zu richten an **Rudolf Mosse, Leipzig** unter **L. S. 1595.**

Mittelgroßer Kassenfrank

feuer- und diebessicher, gebraucht aber gut erhalten, **sofort zu kaufen gesucht.**

Offerten unter **Nr. L. St. 52** an die Expedition d. Blattes.

HOLZSCHUHE

schon, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gangbarsten Männer- und Frauenrößen 1/10 Mk. pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,50 Mk. pro Paar. Muster- und Muster- (große Bahnsendung, sortiert in den meisten Größen Herren- und Frauenschuhe), zu 75 — Mk. franko nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nicht-gefallen garantieren wir bereitwillige Rücknahme und Rückzahlung des Betrags — Um genaue Adresse und für Bahnsendungen Angabe der Überstufen wird geeten. — Garantie für gute Anknüpfung. — Ver- sendung gefahrlos. Holzschuh-Fabrik Mimbach (Rheinpfalz).

Kaufm. Vehrting

aus achtbarer Familie, mit guter Schulbildung, für ein hiesiges Geschäft geeignet.

Offerten unter **Jr. K. R. 51** an die Expedition d. Blattes.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

in einladender bis ganz reicher Ausführung.

Große Auswahl.

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.,

Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Getrag. Militärmäntel

(1 selbstgekauft und 1 schwarz) zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Ich habe mich in Halle a. S. als

Augenarzt

niedergelassen.

Dr. med. Hans Großmann

Halle a. S., Große Steinstraße 14, II,
Eingang Mittelstraße.

Sprechzeit: 9/12 Uhr
3-5 " Sonntags 9-10 Uhr.

Fahrräder

Reparaturen

Sprech- und sonstige Apparate,

Motor- Maschinen

werden gut ausrepariert in der

Werkstatt für Mechanik und Elektro-Technik

von **PAUL GEHLE**

Gebrüder 15.

Fernsprecher 274.

Achtung!

Achtung!

Empfehle meine selbstverarbeiteten Waren:

- Antragbüchlein
- Reisebüchlein
- Glasbüchlein
- Grabenbüchlein
- Staubbüchlein
- Kuhenbüchlein
- verschiedener Art
- Holzhaarbüchlein
- Schreiber
- Holzhaarbüchlein
- Gläserbüchlein
- Reisbüchlein
- Karitätsbüchlein
- Reisbüchlein

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet. Für Wiederverkäufer größerer Vorteile.

Wilhelm Göhe

Büchsenmacher

Neumarkt 78. Neumarkt 78.

Casino

wird zu Vergnügungen frei

Anfang März.

Otto Seym.

Reparaturen

von Schuhen und Stiefeln

werden schnell und gut ausgeführt

H. Heinemann, Schuhmacher

Schmalestraße 12, 2 Tr. I.

Ausprobiert gute

Strassen-Besen,

starkhaltiger als Plattan,

nebst und trocken verwendenbar,

a Stück 5,80 Mk., bei

Otto Renner, Markt 18,

Fernsprecher 509.

Stefe, täglich frisch

Carl Rauch,

Markt. 2. Fernruf 305.

Stiefel- und Schuh-Reparatur

Stiefel- Lampen - Batterien,

a Stück 1,15 Mark, versendet

Otto Merbach,

Stregda - Eisenach.

Zwei junge Freunde, 19-20 Jahre, suchen die Bekanntschaft einer netten, hübscher Damen im Alter von 18-19 Jahren zu Theater- und sonstigen Besuchen. Spät. Deirat nicht ausgeschlossen. Offerten mit Bild unter **J. F. 109** an die Expedition dieses Blattes.

Nebenbeschäftigung

für die Abendstunden

aus tüchtiger junger Kauf-

mann mit allen ins Haus

so gebenen Branchen vertraut

Suchhaltung.

Wohnungs-Monatsabfindung.

Offerten unter **M. F. 5** an

die Expedition dieses Blattes.

Streblamer ge-

schäfteter Kaufmann sucht vor-

übergehend Beschäftigung

im Büro oder Kontor. Angeb.

unter **A. 49** an die Exped. d. Bl.

Uniformstücke

zu verkaufen. Zu erfragen in

der Geschäftsstelle d. Bl.

Verantwortliche Redaktion, Politik, Dertl. und prov. Teil: Erich Volkow, Sport: M. Doehmer, Anzeigen: G. Baig. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt G. B. A. G., sämtlich in Merseburg.

Leitsätze für die Gemeindevahlen.

Die Kern der Nationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Leitsätze: Die Deutsche Nationalen Volkspartei ist bereits in den Richtlinien ihres Wahlprogramms für die Deutsche Nationalen...

Die Wähler zur deutschen Nationalen Volkspartei sind zu prüfen: Die Wähler zur deutschen Nationalen Volkspartei sind zu prüfen...

Von diesem lebenden Gedankensatz der Wiederherstellung von Recht und Ordnung aus fordert die Deutsche Nationalen Volkspartei:

I. Gemeindefürsorge. Durch eine ausreichende Gemeindefürsorge unter Einwirkung des staatlichen Aufsichtsrechtes über die Gemeindefürsorge, freie Gestaltung der Gemeindefürsorge und Gemeindevorteilhaft unter vollberechtigter Mitwirkung der Frauen.

II. Grundbesitz- und Wohnungspolitik. Voraussetzungen, von jeder Spekulation für fremden Zweck Grundbesitzkapital der Gemeindefürsorge zu sichern, eine ausreichende Gemeindefürsorge an Land; Reform des Wohnungswesens zur Schaffung der Volksgesundheit; Erhebung von Gemeindefürsorge unter besonderer Verwendung des Erbbauwesens für Heimstätten und sonstige Anwesenheiten; Unterbindung der ungesunden Bodenpekulation, Förderung des bodenständigen Hausbesitzes und Schutzes des Kleinrentners; Bekämpfung des Wohnungsnotstandes, Bekämpfung des Wohnungsnotstandes, Bekämpfung des Wohnungsnotstandes...

III. Schul- und Kulturpolitik. Weibliche Kulturen für die Volksschule als Grundlage der Volksschule, aber auch für alle anderen Schulformen, Erleichterungen des Aufstieges von der Volksschule zur höheren Schule auch in wirtschaftlicher Hinsicht; Unbefristete Jugendfürsorge und Berufsbereitung für die in das Berufsleben überleitenden Schüler, Ausbau des Fortbildungswesens und Fachschulwesens; Staatsbürgerliche und hausbewirtschaftliche Erziehung des Volkes in Stadt und Land durch Volksschulen und öffentliche Bibliotheken.

IV. Gewerbepolitik. Erhaltung des freien Gewerbetreibenden und Unternehmertums. Schutz des selbständigen Mittelstandes, auch der Wärderei, Fleischer- und ähnlicher Betriebe, vor unrechtmäßigen Ausschließungsmaßnahmen, Übernahme der Monopolbetriebe in Gemeindevorteilhaft; Schmälerung des Abbaus der Kleinrentnerwirtschaft mit allen ihren Begleiterscheinungen, eine zeitliche Begünstigung der Gewerbetreibenden gegenüber privaten Erwerbseinkünften im Interesse einer sozialistischen Wirtschaftsweise; Bekämpfung des Abbaus der Kleinrentnerwirtschaft mit allen ihren Begleiterscheinungen, eine zeitliche Begünstigung der Gewerbetreibenden gegenüber privaten Erwerbseinkünften im Interesse einer sozialistischen Wirtschaftsweise; Bekämpfung des Abbaus der Kleinrentnerwirtschaft mit allen ihren Begleiterscheinungen, eine zeitliche Begünstigung der Gewerbetreibenden gegenüber privaten Erwerbseinkünften im Interesse einer sozialistischen Wirtschaftsweise...

V. Sozialpolitik. Förderung der Wohlfahrt und Heimatspflege in Stadt und Land, Ausbau der sozialen Fürsorge-Einrichtungen der Gemeinden, Reichliche und wirtschaftliche Sicherstellung der im Gemeindevorteilhaft tätigen Beamten, Lehrer und Angestellten in ihren Anstellungen und Verordnungsbedingungen, ausreichende Bemessung ihrer Einkommensverhältnisse sowie der Besoldung der Gemeindevorteilhaft; Sicherung des Realisationsrechtes, Schaffung von Beamten- und Arbeiter-Ausschüssen in den Gemeindevorteilhaft.

VI. Steuerpolitik. Zur Vermeidung unerwünschter Steuerfällen (Sparische) Wirtschaft in allen Gemeindevorteilhaftigen, vor allem auch im Bauwesen, Erhaltung der Gemeindevorteilhaft durch die Vereinfachung der verfügbaren Steuerarten zwischen Reich und Staat unter Vereinfachung und Vereinfachung des gesamten Steuerwesens; Bekämpfung und Bekämpfung ausreichender Einnahmequellen für die Gemeinden zur Deckung ihres durch den Krieg gestiegenen Finanzbedarfs, Wahrung der Ertragssteuer, insbesondere Reform der Grundsteuer im Sinne größerer Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit; Vereinfachung und Vereinfachung der Steuerbefreiungen zur Entlastung der leistungsfähigen Gewerbetreibenden, wie überhaupt die Schonung der minder Leistungsfähigen als Ziel des gemeindevorteilhaftigen Steuerwesens zu gelten hat.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Entente zur Polenfrage.

Eine Erklärung in Spa.

In der Montags-Sitzung der Weimarer Nationalversammlung in Spa kündigten die alliierten Mächte in einer Note die Entsendung einer alliierten Kommission nach Polen an. Dieser sollte die Aufgabe zufallen, die dortigen Verhältnisse zu untersuchen. Die Kommission werde die polnischen Behörden veranlassen, sich jeder Gewalt gegen die deutschen Truppen zu enthalten. Der Verband müsse aber auch darauf bestehen, daß sich die deutschen Behörden in Deutschland-Polen von jetzt ab nicht mehr in Angelegenheiten des öffentlichen Lebens einmischen, sondern die Beweigung der Arbeiter der Friedenskonferenz abwarten. Der stellvertretende deutsche Reichsminister bekräftigt die Antwort vor. Er stellte fest, daß immer noch der besten Sorge die deutsche Regierung das unangenehmste Recht und auch die Pflicht habe, für Ordnung zu sorgen und ihre Interessen zu schützen. Die augenblickliche Lage fordere von Deutschland ein schnelles Eingreifen in den deutschen Polensprovinzen. Die künftigen Verbrechen würden von den Polen an deutschen Untertanen verübt. Die kleinste Haltung der polnischen Truppen und die Ungehörigkeiten in Polen zeigten klar, daß dieser Staat gerade das Gegenteil eines Bollwerks gegen den Bolschewismus sei. Die deutschen Maßnahmen an der Ostgrenze richteten sich daher auch gegen den Bolschewismus. Die dem Deutschen Reich von dort drohende Gefahr sei bedauerlich ernst.

General Ludat erwiderte, die genauen Maßnahmen über die Ostfragen würden der deutschen Regierung mitzuteilen. Mit seine Bitte hin erklärte die deutsche Kommission bereit, die Ausschüsse ihres Vorstehens schriftlich mitzuteilen zu formulieren.

Konferenz der Neutralität aller Armeekorps.

Berlin, 5. Januar. Die Abgeordneten der Soldatenräte aller deutschen Armeekorps trafen gestern hier zusammen, um zu der von dem Kriegsminister erlassenen Verfügung der Weimarer Nationalversammlung über die Stellung zu nehmen. 27 Armeekorps waren durch je zwei Delegierte vertreten. Die Sitzung schloß sich von Anfang an äußerst hitzig. Zunächst erhoben sich die Delegierten gegen die Entscheidung, daß die Sitzung im Geheimen abgehalten werden solle. Die Beschlüsse sollten nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern in der Öffentlichkeit der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. So entstand gleich von Anfang an eine latente Spannung zwischen dem Zentralrat, den Cöhen (Neuf) und den Korpsdelegierten. In seiner Eröffnungsrede wies Cöhen (Neuf) darauf hin, daß die Tagung lediglich als eine nicht öffentliche Versammlung anzusehen sei, eine Ansicht, gegen die von den meisten Anwesenden sofort Einspruch erhoben wurde. Cöhen (Neuf) führte weiter aus, daß die Zusammenkunft nur einen nicht offiziellen Charakter haben könnte, da doch an einem einmal erlassenen Gesetz nicht mehr zu rütteln...

Seiner Ausführungen riefen härtesten Widerpruch hervor und die Delegierten erklärten, daß sie, falls der Zentralrat auf Ausschluß der Öffentlichkeit beharre, sich selbst als Kongreß konstituieren und die Verhandlung zu Ende führen würden. Nach anderthalbstündigen Debatten siegte schließlich der Entschluß der Delegierten und die Sitzung wurde nach mehr als stündlich beendet.

Der Verlauf der Tagung kam eine ziemlich scharfe Stellung gegen die Regierung zum Ausdruck. Aus Anlaß der Bremer Vorgänge wurde an Weste ein Telegramm geschickt, das die Zurücknahme der Truppen forderte. Später, als die Nachricht von der Einmache Bremens durch die Regierungstruppen eintraf, wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der Weste das härteste Mißtrauen ausspricht und seinen Rücktritt fordert. Auch dem Volksbeauftragten Scheidemann, der kürzlich einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber die Überhäufigkeit der Soldatenräte betont hatte, erging es nicht viel besser. Gegen ihn wurde eine ähnliche Entschließung angenommen. Die Unterstaatssekretäre Giebel und Göhre erklärten zwar, daß die Räte kein Recht hätten, ein Verbot gegen die Regierung zu sprechen, aber in der Debatte wurden immer wieder heftige Vorwürfe gegen die Politik der Regierung erhoben. Der volle Kern traf den Oberbefehlshaber Weste, der ausgenannt den zugewandten Einigungsverhandlungen über die Scheidemanns auf Einmürkel der Regierungstruppen in Bremen bestanden hätte. Der als Führer amtierende Unabhängige Emil Barth schloß bei diesen Worten auf den Tisch und rief: So haben sie hier in Berlin auch die Vorgänge (provisionell) Cöhen-Neuf als Vorzeichen weist diesen Vorwurf als unangehörig und falsch mit scharfen Worten zurück. Die Regierung habe lange genug geduldet, ehe sie der von den Sperraktionen angewandten brutalen Gewalt ebenfalls Gewalt entgegensetzte.

Dam verdächtige Unterstaatssekretär Göhre die getroffene Neuregelung der Kommandogewalt. Es liege keine Beilegung der Räte damit geplant, sondern ihre Eingliederung in die Heeresorganisation. Die Räte seien ein Teil von Russland; russische Zustände seien aber nicht deutsche. Seit dem 9. November seien über 250 Generale und Hunderte von Subaltern-Offizieren bereits zur Disposition gestellt. Die Verfügung sei ein Verstoß für die Räte. Die Debatte ging bis 7 Uhr abends weiter, ohne daß positive Beschlüsse gemacht worden wären.

Noch gegen Entlassungen für die deutschen Kriegsgefangenen.

Die deutsche Unterkommission für Kriegsgefangenen in Spa hat, um das von unter Kriegsgefangenen Mitglieder zu erleichtern, wiederholt den Verband ersucht, deutschen Kranken- und Verwundeten und Gefangenen zu gestatten, untere noch in Heimbesitz befindlichen Kriegsgefangenen zu besuchen. Den Kriegsgefangenen sollte dadurch Zutritt zu zeitlicher Trost zuteil werden. Die heimischen Delegierten fanden dem Gesichtspunkt wohlwollend gegenüber. Als deutscherseits vor kurzem auf die Angelegenheit zurückgegriffen wurde, erklärte der Vorsitzende der heimischen Unterkommission, die Sache gehe die Weimarer Nationalversammlung nichts an. Er könne auch nicht einsehen, weshalb die Bitte der deutschen Delegierten erfüllt werden sollte. Den deutschen Kriegsgefangenen gebe es gut, sie seien fest. Der deutsche Reichstag hat auf ein schriftlich eingehendes Schreiben einmündig geantwortet, die erbetene Erlaubnis können nicht erteilt werden.

Von englischen Kriegsschiffen eingehoben.

Die schwedische Dampfschiffe „König 5“, die zwischen Schweden und Arkelberg verkehrte, wurde nach Meldung schwedischer Väter von englischen Kriegsschiffen nördlich Island angehalten und unterwand. Englische Offiziere kamen an Bord und verlangten vom Kapitän Einsicht in die Schiffs-papiere. Danach verließen sie das Schiff wieder, das mit halb-ländiger Verpätung die Reise fortsetzen konnte.

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Sey.

„Ich habe keine Beziehungen zur Menschheit, gar keine. Aber dein alter Herr hat als Bauer gewiß viel Bekannte unter den Babobos. Ich würde gern ein hoch feines Haus in dem Namen als ein richtiger „Baumeier“, jedes Weier zu vier, was mein jüngstes „Gut“...“

in der großen Ausstellung haben: „Reisbrot in den Dolomiten“. Das ist gewiß das, von dem Sie zu Weimarnach so viel erzählt. Und gewiß ist es Ihnen auch gelungen, die herrliche Alpenwelt in ihrer Erhabenheit und Schönheit ganz zu fassen. Wie gern möchte auch ich Ihr Bild sehen und mich daran er freuen, wie gern auch einmal die Natur seiner Gegend selbst kennen lernen. Aber leider hat sich unsere Situation, dieses Jahr nach München und ins Gebirge zu reisen, nicht erfüllt. Mein Vater muß in München auf seine Geschäfte an die Spitze reisen. Deshalb gehen wir nächste Woche nach Passau. In aufdringlicher Erwiderung Ihrer nachbarlichen Grüße bin ich...

ihn verwundert von der Seite an. Ein Bild verkauft ohne Wissen des Meiers? So was gab es ja gar nicht! Fröhlich fragte er: „Woher denn?“ In dem Bureau des Sekretariats sollte eine Verwechslung ist möglich. Die Kollegen würden Ihnen die Wege weisen. Aber es half nichts, der Zeit mag die eifersüchtige werden.“

(Fortsetzung folgt)

Das Endergebnis des Reichstagswahlkampfes.

Nunmehr liegt das Endergebnis aus der Pfalz vor. Es erhielten Stimmen: Bayerische Volkspartei (Dr.) 110 757, Deutsche Volkspartei (Stoll und Wittspott) 77 917, Deutschdemokratische Partei 53 585, Reichstagsfraktion 157 978, Unabhängige 7453. Es erhielten Mandate: Bayerische Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 4, Deutsche Demokratische Partei 3, Reichstagsfraktion 4.

Die Zusammenkunft des bayerischen Landtages ist bei 180 Tagen folgende: Bayerische Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 26, Deutsche Volkspartei 9, Reichstagsfraktion 60, Unabhängige 3, Bayerischer Bauernbund 17.

Verhaftungen deutscher Industrieller durch die Belgier. Trotz Festsetzung des Marckalls Foch, daß Personen des besetzten Gebietes, die direkt oder indirekt an Kriegsgeschäften beteiligt waren, nicht verhaftet werden sollen, haben namentlich die belgische Wehrungsbehörden in der vorgeschriebenen Weise gegen Zivilisten des besetzten Gebietes vor, die vom Belgischen Kriegsministerium Verhaftungen und sonstige im besetzten Gebiet von den deutschen Truppen erhaltene Gegenstände rechtmäßig gekaufte und bezahlt haben.

Deutsche Lloyd-Dampfer von England beschlagnahmt. Die Lloyd-Dampfer 'Scharnhorst' und 'Sierra Leuana' sind auf der Reise von Ropenhagen nach England von den Engländern beschlagnahmt worden, angeblich wegen verdächtigender Umtriebe. Die 'Sierra Leuana' wurde am Bord interniert.

Spartanismus in Eberfeld. Eberfeld, 5. Februar. (Privattelegr.) Im heiligen Gedenkteil überließ nach dem Gottesdienst auf ein verändertes Zeichen eine große Anzahl Gedenkteiler die Wälder, unter dem Schall und Pfeife die Ähren. Es kam zu einem Handgemisch bei welchem ein Wälder getötet wurde. Eine Anzahl Verwundete ist entlassen.

Die wirtschaftliche Produktion vor dem Stillstand. Nachrichten aus dem westfälischen Industriegebiet zufolge steht die dortige Produktion vor katastrophalen Ereignissen, weil die Zufuhr von Rohstoffen, wie Kohleisen und Eisenschmelzen, aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet entweder überhaupt ausbleibt oder nur ganz spärlich und langsam herankommt. Von rechtsrheinischen Werken ist kein Rohmaterial zu bekommen. Die eigenen Vorräte der Werke sind demnach zusammenerschöpft, die in Kürze die gesamte Arbeiterkraft nicht mehr beschäftigt werden kann.

Unruhen in Sanaa. Am 4. Februar vormittag haben in Sanaa bei der Abgabe von Mähdern im Bekleidungsamt des 22. Armeekorps in u. h. in Sanaa Unruhen, bei denen leider auch von den Waffen Gebrauch gemacht werden mußte, um die Ruhe wieder herzustellen und das Bekleidungsamt vor Plünderung zu bewahren. Es hat eine Person den Tod gefunden, mehrere Personen sind verletzt. Auch in der Nähe der Infanterie-Kaserne kam es zu Unruhen.

Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Da die öffentliche Meinung in den Grenzländern sich demnach erhebt, daß in Deutschland auch zahlreiche Krieges- und Zivilgefangene verstorben gehalten werden, so hat die alliierte Wehrungsbehörde in Verbindung mit der deutschen Regierung um die Erlaubnis nachgefragt, in die einzelnen deutschen Korpsbezugs-Kommissionen entsenden zu dürfen, die eingehende Nachforschungen nach solchen Gefangenen anstellen lassen. Diese Erlaubnis ist erteilt worden. Eine solche Kommission befindet sich auch beim Generalkommando des IV. A. R. Sie steht unter Leitung des französischen Stabsarztes Dacheze und hat ihren Sitz im Zentralbureau zu Magdeburg.

Diese Kommission wird alle Orte, an denen sich Gefangene der Grenze befinden haben, oder nach befinden aufsuchen. Ihre jeweilige Anwesenheit an diesen Orten wird jedesmal durch die britischen Behörden bekanntgegeben werden. Alle Kriegs- und Zivilgefangenen der Entente, auch solche, die aus irgend einem Grunde in Deutschland zu bleiben wünschen, werden hiermit aufgefordert, sich bei dieser Kommission zu melden.

Alle Zivilpersonen, die Kenntnis von dem Aufenthaltsort eines Kriegs- oder Zivilgefangenen, gleichviel ob gesund oder krank, haben, werden hiermit aufgefordert, sofort dem nächsten Wehrungsbeauftragten oder der für sie zuständigen Dispositionsbefehlshaber hiervon Anzeige zu machen. Zugleich wird allen Zivilpersonen verboten, Gefangene gegen ihren Willen zu verhaften. In dringenden Fällen werden nach den Bestimmungen des Strafrechtsbuchs für das Deutsche Reich vom 25. 6. 1900 (R. G. Bl. S. 301) über Verbrechen und Vergehen über die persönliche Freiheit bestraft.

Auf Anfrage und vernünftige Gelangene bezieht sich diese Bekanntmachung nicht. Magdeburg, den 28. Januar 1919. Der Regierungsrats-Präsident. ge. v. Gersdorff.

Verdientlich. Magdeburg, den 2. Februar 1919. Nr. 1528 L. Der Landrat. Dr. v. Wilmsdorf.

Ausführungsbestimmungen

Nachdem durch den 22. Januar 1919 über Einhebung des Krieges- und Zivilgefangenen nach den von den Deutschen besetzten Teilen der Provinz Posen. Nachdem durch Befehl des Kriegsministeriums der gesamte Provinzbesatzung eingestellt worden ist, wird weiterhin bestimmt: 1. Auf den Nachbarn an der Grenze nach Polen sind nach näheren Anordnungen der Divisionen Militärstellen übernehmungsstellen einzurichten, von denen die ausreichenden Zivil- und Militärpersonen auf das Verbot des Wehrungsbeauftragten nach den von den Polen besetzten Gebieten der Provinz Posen hinwegzuführen sind, und die ihnen im Einvernehmen mit der Grenzschutzverwaltung die Mädrücke oder die Karte nach einem anderen Orte Deutschlands zu erteilen können. An Militärpersonen und entlassene Soldaten können grundsätzlich, an andere Personen, welche nachweisen können, daß sie in Unkenntnis des Reiseverbotes die Karte angehten

Zwischenfällen. Dort würde versucht, in das Innere des Zeughauses zu bringen, in dem sich Soldaten befinden. Die Truppen gaben von der Infanterie-Kaserne aus Mädrückengewehrfeuer über die Köpfe der Menge hinweg, infolge dessen sich die Demonstranten zerstreuten. Am Abend wurde der Redakteur der 'Sanaaer Zeitung' aus dem Gemäuer von jungen Partisanen und Angehörigen des roten Soldatenbundes schwer mißhandelt, da er angeblich mitschuldig gezeichnet worden hätte.

Die nachfolgende Frage. M. A. B. meldet: Wie wir hören, finden gegenwärtig Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der dänischen Wehrmacht Norddeutsches Land, mit dem Zweck, einen freigeordneten paritätischen Ausschuss unter einem unparteiischen außerhalb lebenden Kommando einzurichten, der die Vorbereitung und Durchführung der Währungsreform zu überwachen hätte. Für den Fall, daß die Norddeutschen, als die Nichtbeteiligten, sich auf Einziehung eines derartigen Ausschusses einigen, könnte dies, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, seitens der deutschen Regierung nur begrüßt werden.

Vom Auslande

Die wirtschaftliche Sperrung deutscher Güter. Die Kopenhagener 'Nationaltidende' meldet: Seitdem die französische Gesandtschaft kürzlich den dänischen Banken die Anforderung zustellte, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, war in der Angelegenheit nichts mehr erfolgt. Die Banken nahmen nur den normalen Umlauf mit ihren deutschen Kunden vor, und zahlreiche Deutsche konnten keine Auszahlungen mehr erhalten.

Die wirtschaftliche Sperrung deutscher Güter. Die Kopenhagener 'Nationaltidende' meldet: Seitdem die französische Gesandtschaft kürzlich den dänischen Banken die Anforderung zustellte, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, war in der Angelegenheit nichts mehr erfolgt. Die Banken nahmen nur den normalen Umlauf mit ihren deutschen Kunden vor, und zahlreiche Deutsche konnten keine Auszahlungen mehr erhalten.

Dem englischen Streit. Basel, 5. Februar. (Privattelegr.) Die Kaiserlichen Nachrichten berichten aus Glasgow von 10 000 Soldaten haben die Stadt besetzt. Der Kongress der Gewerkschaften, der am Sonntagabend in Glasgow tagte, stimmte dem Streik zu. Es wurde ein Appell an die Regierung gerichtet, die 40 Stundenwoche einzuführen.

Aus Stadt und Umgebung

Proteste gegen das neue Gemeindefach. In einer vom Bürgeramt Groß-Berlins einberufenen, jedoch lediglich von der Verwaltung von Vertretern von etwa 600 nichtständigen und kulturellen Berufen in der Stadt in Berlin wurde eine Entschließung gefaßt, in der gegen die ungeliebte und überflüssige Ansetzung von Erneuerungswahlen für die preußischen Stadtverordneten Kollegien erhoben und ein sämtliches Zusammengehen der bürgerlichen Parteien zur möglichst zügigen Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Bürgeriums vor jeder einseitigen Alleinbestellung gefordert wird. — Auch aus Bonn wird gemeldet: Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, die Verordnung der preussischen Regierung über Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretungen nicht anzuwenden und seine Schritte zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahl zu unternehmen.

Der Kreisverein Lützen. Der Kreisverein Lützen veranstaltet am Samstag im 'Polen Kamen' in Lützen einen Vereinsabend zur Begleichung der imgehörigen Kameraden. Alle ehemaligen Soldaten sind herzlich willkommen.

haben, können bis 15. Februar 1919 einschließlich Militärabrechnung zur Mädrücke ausgereicht werden. 2. Für diejenigen früheren Militärpersonen, für die eine Mädrücke nicht in Frage kommt oder die anderweitig kein Vorhandensein finden können, ist im Lager Reichenauer für ein vorläufiges Unterkommen gesorgt. Sie sind von den Wehrungsbeauftragten zu sammeln und baldmöglichst in abschließenden Transporten dem Lager Reichenauer zuzuführen. 3. Neben der Ueberwachung der Mädrücke ist eine Kontrolle der wichtigsten Verkehrsmittel einzurichten, damit die auf den Mädrücken zurückkehrenden Personen nicht zu Fuß und unter Benützung anderer Verkehrsmittel ihre Reise wieder fortsetzen können. Breslau, den 25. Januar 1919.

Von seitens des Zentral-Soldaten-Komitees. Der Chef des Generalkommandos. Von seitens des Generalkommandos. Der Chef des Generalkommandos. Von seitens des Generalkommandos. Der Chef des Generalkommandos.

Verkauf von Fleisch und Fleischwaren. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919.

Verkauf von Fleisch und Fleischwaren. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919.

Verkauf von Fleisch und Fleischwaren. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919. findet am 7. Februar 1919.

Wo die Sühnen bleiben.

Aus den Kreisen der Sühnenhändler gehen häufig der Presse Zuhörer zu, die auf das vom Publikum lebhaft geforderte Verschwinden der Bonbons ein neues Licht werfen. Die Sühnenhändler liegen in der mangelhaften Belieferung. An sich sollen die Händler von ihren Lieferanten den letzten Teil der Ware erhalten, den sie 1918/19 erhalten haben. Viele Sühnenhändler legen die Belieferung aber so an, daß sie nicht den letzten Teil der Menge, sondern das Bestelle am Preise gemessen, liefern. Demnach also ein Händler früher 80 Bld. je 50 Pfg. d. i. für 30 Bld. er erhält er jetzt nicht die 10 Bld., sondern nur für 4 Bld. Bonbons, also knapp ein Fünftel. Was die übrigen Bonbons betrifft, wissen nur Sühnenhändler, Großhändler und der Schlechtbedient. Natürlich kann der Detailhändler mit einer geringen Warenmenge sein Geschäft nicht führen und ist gezwungen, 'hinüber', d. h. teurer zu laufen, also auch teurer zu verkaufen. Vielleicht liegt sich das A. u. einmal Produktions- und Absatzstellen der Sühnenhändler genauer an.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Schleudri, 3. Februar. Der unerhört freche Einbruchsdiebstahl im Ritzweg-Bezirk, wobei 3 Schwere gefangen wurden, erst jetzt seine Aufklärung. Es war von vornherein angenommen worden, daß er von Reuten ausgeht, sein Ausgangspunkt war der Besatzung eines Rabels der Ueberlandzentrale beschlagnahmt waren. Diese Annahme bestätigte sich. Beim Arbeiter Goebde in Leipzig-Dörfel wurde bei einer Hausdurchsicht der Ratten, ein Kasten der Ueberlandzentrale aufgefunden, auf dem das Diebstahl fortgeschrieben wurde, nachfolgend, ebenfalls 3. Januar. Gegenwärtig ist die Sache bald völlige Klarheit in diese Angelegenheit kommen.

Neue Jugendverbände. Corbach, 4. Februar. Von heute ab verkehrt zum Anschlag an den Parlamenten D 88 Berlin-Weimar ein Anschlag 1 und 2. Alle D 88 von Leipzig bis Corbach. Leipzig Hauptbahnhof ab 10.45 Uhr vorm., Corbach ab 11.29 Uhr vorm. Gegenwärtig D 87 verkehrt im Anschlag an den D 88 von Weimar. Corbach ab 8.11 Uhr nachm., Leipzig an 8.48 Uhr nachm.

Was der U. u. S. hat zu machen sei. Wehrungsbeauftragter. In ihrer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde mitgeteilt: Da die frühere Wehrungsregierung die Ergründung der Armeesache nicht auf die Bevölkerung auf etwa vier Jahre überstellt habe, befand sich bei den Provinzialräten erhebliche Unruhe Lebens- und Gesundheitsmittel, in u. h. in 5000 Tonne von unbekannter Herkunft, in 4000 Tonne in Wehrungsstellen. Die Wehrungsbeauftragten sollen die Bevölkerung verteilt werden. Dann machte der Wehrungsbeauftragte Mitteilung von Lebensmittelbeschwerden im großen, so solle allein ein früherer Landtagsabgeordneter 4000 Waggon Lebensmittel auf Eisenbahnwagen verladen haben.

Merjeburger Tageblatt (Kreisblatt).

Folgende Vertretungen unserer Zeitung nehmen Anzeigen und Bestellungen entgegen. Dürrenberg: Kaufmann Strömpe. Lützen: Kaufmann Feindlich. Schladebach: Kaufmann Feine.

Einschränkung des Frachtdienstes. Frachtdienstunterbrechung vom 7. bis einschließlich 8. Februar. Dringende Lebensmittel als Ersatz anfragen. Halle a. S., den 4. Febr. 1919. Eisenbahn-Verkehrsamt.

Jagdverpachtung. Der Termin zur öffentlichen Verpachtung der Jagd in dem gemeindefreien Ortsteil Jagdgebiet der Gemeinde Lützen ist auf Donnerstag, den 20. Febr. 1919, nachmittags 4 Uhr, im Schmidt'schen Gasthaus festgesetzt. Lützen, den 6. Febr. 1919. Der Jagdverpächter. Schöne.

Jagd-Berpachtung. Die Jagd der Gemeinde Lützen soll Mittwoch, den 12. Febr. d. J., nachmittags 3 Uhr, im Müller'schen Gasthaus auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. — Das Meistbietende erhält 300 Hektar groß und liegt an der Ostelche Höden. Bedingungen im Termin. Höden, den 3. Febr. 1919. Der Jagd-Verpächter.

Sohlennägel. Paket Inhalt ca. 1000 Stück, 3 Mk., Unfrei Verträge, diese dünnhäutige Sorten geeignet für 3 Mk., Stille, Fege, Schwelien, billigt bei Max Jäger, Frankfurt a. M., Holzgärten 7.

Manarientischhaber! ans dem Jahre 1918, frecht fertige Fisch zu kaufen. Offerten unter G. H. 82 mit Angabe an die Wehrungsbeauftragte dieser Zeitung erbeten.

1 Stählerlehrling. Helft Odiern ein. W. Heinecke, II.-Altenburg 84.

Rheumatismus Magen- u. Darmleiden. Zimmer. Mysterioff. Gieerner Stubenofen. Gebildete Dame. Stellung zur Erlernung der Elektro-Technik od. Mechanik. Max Jäger, Frankfurt a. M.